

SPD demokratischer pressediens

P/XXVII/147

3. August 1972

Brunnenvergiftung von rechts

Wie halten es die Unionsparteien mit der
Demokratie?

Von Albert Osswald MdL
Ministerpräsident von Hessen

Seite 1 und 2 / 102 Zeilen

Nicht reif zum Regieren

Bonner China-Politik - nicht geeignet für
innenpolitischen Schlagabtausch

Seite 3 und 3a // 55 Zeilen

Dokumentation des SPD-Pressedienstes:

Strauß über Schiller: 1969 bis 1972 (IV)

Seite 4 und 5 / 78 Zeilen

Sonderbeilage: "Frau und Gesellschaft"

Chefredakteur: Dr. E. Eckert
Verantwortlich für den Inhalt: A. Exler
5300 Bonn 12, Heussallee 2-10
Postfach: 120 408
Pressehaus I, Zimmer 217-224
Telefon: 22 80 37 - 38
Telefax: 696 646 / 696 647
696 648 PPP D

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölnener Straße 108-112, Telefon: 7 66 11

Brunnenvergiftung von rechts

Wie halten es die Unionsparteien mit der Demokratie?

Von Albert Osswald

Ministerpräsident von Hessen

Wir Sozialdemokraten sind einiges gewöhnt und machen uns keine Illusionen über den Stil der öffentlichen Auseinandersetzung, den die CDU/CSU in nächster Zeit pflegen wird. Etwas aus dem Rahmen der alltäglichen Unionspolemik fällt allerdings eine Aussage, die nur mit dem Eifer eines um seine Bewährung in der CDU kämpfenden Apostaten zu erklären ist. Da sagte Dr. Erich Mende unlängst: "Wenn es bei den nächsten Bundestagswahlen keine CDU-Mehrheit gibt, dann werden dies die letzten freien Wahlen gewesen sein, die es in absehbarer Zeit in der Bundesrepublik gegeben haben wird".

Damit wird - konsequent zu Ende gedacht - unterstellt, die SPD werde nach dem Wahlsieg die Opposition ausschalten und die parlamentarische Demokratie beseitigen. Hier hat die politische Brunnenvergiftung von rechts wieder einmal einen Höhepunkt erreicht.

Allein die Hinweise auf den entscheidenden Anteil der Sozialdemokraten zur Durchsetzung der parlamentarischen Regierungsweise in Deutschland, der Hinweis auf den Kampf gegen das Dreiklassenwahlrecht, den Kampf für die politische Emanzipation der Frau und für die Einführung des Wahlrechts vom 18. Lebensjahr an mögen genügen, die haarsträubende Unsinnigkeit dieser Prognose zu belegen. Wer die deutsche politische Geschichte der Neuzeit kennt, weiß, daß der kontinuierliche Beitrag der SPD zu mehr Demokratie unvergleichlich größer ist als der der CDU/CSU und ihrer parteigeschichtlichen Vorfahren.

Das böse Wort von der "letzten freien Wahl" ist die bisher kurioseste und absurdeste Vorwahlkampfblüte aus dem Strauß des demagogischen Arsenal der Union. Offenbar soll hier an das sogenannte "Gesetz von der abnehmenden Freiheit" angeknüpft werden, das 1965 auf dem CDU-Parteitag in Düsseldorf von Rainer Barzel aufgestellt wurde und wonach jeder SPD-Erfolg einen Verlust von "einem Stück Freiheit" bedeute.

Der unqualifizierte Ausfall gegen die demokratische Zuverlässigkeit der SPD gibt erneut Anlaß, der Union die Gretchenfrage zu stellen, wie sie es ihrerseits eigentlich mit der Demokratie hält. Das so häufig abgelegte Bekenntnis der Union zur Demokratie muß konfrontiert werden mit dem Inhalt der Ideologie dieser Partei, mit ihren gesellschaftspolitischen Ordnungsvorstellungen und der innerparteilichen Praxis.

Das in der CDU/CSU herrschende Bild von der Gesellschaft und von der Welt stellt "objektive Ordnungen" in den Mittelpunkt, die aufgrund ihres objektiv-naturrechtlichen Charakters für Zweifel und Diskussion keinen Raum lassen, sondern eher Gehorsam und Glauben für sich beanspruchen. Hinzu tritt das an Hierarchien ausgerichtete Denken und Handeln und die Einteilung der Politik im Innern und nach außen in das Schema von Gut und Böse. In einem

solchen System gibt es natürlich keinen Raum für das Argument.

So ist es nur folgerichtig, wenn Ansätzen innerparteilicher Kritik in der CSU etwa mit verbaler Anlehnung an das Faustrecht b gegenet oder Demokratie als Popanz verleumdet wird. Als Beispiel dafür mag auch der Verzicht des eigentlichen Regisseurs der Union gelten, sich von den Ansichten ständiger Mitarbeiter in seiner CSU Richtlinien-Fostille zu distanzieren, nach denen der "große Popanz" (Demokratie) demaskiert werden müsse und nachzuweisen sei, "daß Demokratie und Rechtsstaat, Demokratie und Freiheit... eher ausgesprochene Gegensatzpaare sind". (Siehe Frankfurter Rundschau vom 28. Mai 1970).

Wie dies mit der grundgesetzlichen Ordnung des freiheitlichen demokratischen Rechtsstaates in Einklang zu bringen ist, auf deren Gefährdung hinzuweisen die Union sich nicht überbieten läßt, muß schleierhaft bleiben.

Schon heute zeichnet sich klar ab, mit welchen Parolen die Konservativen und der rechte Rand Unsicherheit unter den Bürgern bei den bevorstehenden Wahlentscheidungen mobilisieren wollen. In antisozialer und antiliberaler Machart wird der Teufel des Radikalismus an die Wand gemalt, wird die Angst vor dem wirtschaftlichen Ruin geschürt und wird die Preisgabe der westlichen Sicherheit suggeriert. Für diese Strategie steht der letzte baden-württembergische Wahlkampf als Modell. Wieder sollen Hysterie und Gefühlschascherei gegen sachliche Information und Aufklärung gesetzt werden.

Durch die Anbetung von Ordnung und Autorität, durch die systematische Gleichsetzung auch der minimalsten gesellschaftlichen Reform mit dem Kommunismus, durch die Entfaltung der Angst vor feindlicher Aggression soll von vornherein jeder sachlichen politischen Auseinandersetzung der Boden entzogen und das Fehlen brauchbarer Alternativen kaschiert. Diese Taktik ist ein Produkt der Union. Früchte jahrzehntelanger Bemühungen der rechten Publizistik zugunsten die dazu beitragen, den Begriff des "Sozialismus" im öffentlichen Bewußtsein zu manipulieren und ihn weitgehend mit materiellem und politisch-grundrechtlichem Mangel gleichzusetzen.

Es ist klar, daß der soziale Inhalt dieser Propaganda-Taktik darin besteht, die vorhandenen gesellschaftlichen Herrschaftsverhältnisse zu bewahren, jeden Ansatz der Ausgestaltung der Bundesrepublik nach den Prinzipien der sozialen Demokratie zu untergraben. Das Ziel der Macht glaubt die Union wieder erreichen zu können, wenn sie den Wähler durch polemische Propaganda in den Zustand des Mißtrauens, der Unsicherheit und der Angst versetzt. Das sind zwar die alten, ehemals erfolgreichen Mittel der fünfziger Jahre in der Hochblüte des Kalten Krieges - doch die Zeiten haben sich erfreulicherweise gewandelt. Wir sollten uns jedoch nicht von vornherein darauf verlassen, daß der Wille zur Rationalität und Nüchternheit in der politischen Entscheidung der Wähler die stärkere Stellung hat.

Wir wissen, wo wir stehen. Die kommenden vier Monate und die folgenden Wahlen - die Kommunalwahlen im Oktober und die Bundestagswahl Anfang Dezember - stellen harte Anforderungen an uns Sozialdemokraten. In der Partei hat es Verstimmungen gegeben, die von zahlreichen Mitgliedern und Freunden mit Unbehagen registriert wurden. Niemand ist erstaunt über den Versuch der Opposition, solche Stimmungen durch verzerrte Darstellung für ihre Zwecke auszunutzen. Hieraus kann es für uns nur eine Konsequenz geben: Trotz aller Schwierigkeiten und unter Zurückstellung aller eigenen Interessen zu jener Solidarität zu finden, die immer die Stärke der SPD war und bleiben muß. (-/ex/3.8.1972/ks)

Nicht reif zum Regieren

Bonner China-Politik - nicht geeignet
für innenpolitischen Schlagabtausch

Was sich die Opposition im Deutschen Bundestag an außenpolitischen Aktivitäten und Stellungnahmen leistet, findet in der übrigen Welt kaum ein Beispiel und dürfte die originellste und unüberlegteste Politik sein, die je eine Oppositionspartei betrieben hat. Sicher haben sie ihre Gründe, die Planer der Unionsparteien, wenn sie einen ihrer besten Männer nach China reisen lassen. Die Motive können durchaus unterschiedlich sein: Die einen wollen einen Mann hochspielen, der ihnen geeigneter erscheint, Vorsitz in der Partei und Kanzlerkandidatur zu erreichen, geeigneter als Rainer Barzel. Die anderen wollen der öffentlichen Meinung in der Bundesrepublik eine Rührigkeit und politische Aktivität vorzeigen, um der Bundesregierung den Vorwurf der Rückständigkeit und des Zauderns machen zu können.

Das ist schon beweiskräftig geworden: Schröder, der Vorsitzende des Ausschusses für auswärtige Politik im Bundestag, war kaum in China (früher nannten sie es konstant "Rot-China") gelandet, da erschienen die ersten Kommentare: Die CDU ebnet den Weg in die Welt. Dann folgten die unmittelbaren Vorwürfe: Es muß etwas geschehen, es muß endlich etwas geschehen, es muß sobald wie möglich die offizielle Beziehung zwischen der Bundesrepublik und China (nicht mehr "Rot-China") hergestellt werden. Es kann nicht schnell genug gehen.

Erinnern sich die Zeitgenossen noch der Vorwürfe, die von denselben Unionsparteien erhoben wurden, als die Bundesregierung Brandt/Scheel nach sorgfältigen, lange über ein Jahr umsichtig und gründlich geführten und deshalb erfolgreichen Verhandlungen mit der Sowjetunion dann Anschuldigungen ausgesetzt war, es sei alles viel zu hektisch gewesen, viel zu schnell sei

verhandelt worden, viel zu wenig seien die Interessen des Landes berücksichtigt worden?

Wie paßt das wieder einmal zusammen? Überhaupt nicht! Es ist nicht der Stil der Unions-Außenpolitik, sinnvoll und gradlinig zu sein, wohl überlegt zu handeln, einem Konzept zu folgen, das angestrengt erarbeitet und dann behutsam verwirklicht wird. Mit der Sowjetunion ging es der Union zu schnell, nachdem sie selbst in zwei Jahrzehnten Verantwortung so gut wie nichts zur Entwicklung der Beziehungen getan hat. Zu Mao hin geht es ihnen nun nicht schnell genug. Wer kann das verstehen?

Wer kann einer politischen Richtung Vertrauen geben, die in solcher Weise ihre politischen Unternehmungen - und seien sie noch so nützlich - ausschließlich nach parteipolitischen und taktischen Gesichtspunkten plant und verwirklicht, nur zu dem Zweck, einen innenpolitischen Erfolg gegen eine gehaßte Regierung zu erreichen, deren Erfolge sie nervös machten und überreizten?

Nein, diese Opposition in der Bundesrepublik ist nicht reif für aussenpolitische Planung und Führung, obwohl in ihren Reihen der eine oder andere gute Hilfe leisten kann. Sie ist auch nicht reif für innenpolitische Reformen, die sie angeblich will, über die sie in den eigenen Reihen aber so zerstritten ist, daß bis zur Stunde kein reales Programm für praktische Arbeit vorliegt. Will die CDU in solcher Verfassung regieren? Darf sie regieren?

Die China-Reise des Vorsitzenden des Auswärtigen Ausschusses des Bundestages war auch dann ein Akt sinnvoller Zusammenarbeit, wie sie zwischen Regierung und Opposition mindestens auf dem Gebiet der Außenpolitik im nationalen Interesse immer bestehen und gepflegt werden sollte. Sie eignet sich deshalb nicht zu parteipolitischen Manipulationen, nicht zum eigenen Nutzen einer Partei. Sie kann und sollte dem Gemeinnutz dienen.

Fritz Sänger
(-/ex/3.8.1972/bgy)

Dokumentation des SPD-Pressedienstes

Strauß über Schiller: 1969 bis 1972 (IV)

"Der Rat und die Mitarbeit Schillers innerhalb eines gemeinsamen politischen Rahmens wird geschätzt. Man wird den Rat Schillers immer gern anhören"./ Franz Josef Strauß, CSU-Landesvorsitzender und Finanz- und Wirtschaftssprecher der CDU/CSU, am 26. Juli 1972 in der Illustrierten "Quick".

Dieser Aussage stellen wir in einer ausführlichen Dokumentation die Aussagen des CSU-Vorsitzenden Franz Josef Strauß über Prof. Dr. Karl Schiller entgegen, die uns aus der Zeit vom 11. September 1969 bis zum 16. Juni 1972 vorliegen.

"Die Zeit"/ Hamburg/ 19. September 1969

Die SPD möchte die Erbschafts- und Vermögenssteuer erhöhen...

"Sie dürfen nicht den Fehler machen, die SPD und Schiller voll zu identifizieren. Es hat bis jetzt keine Aussprache zwischen Herrn Schiller und mir in der Frage der zukünftigen Gestaltung des Steuerrechts gegeben..."

Sie sind also nicht so weit auseinander, daß Sie nicht wieder zusammenfinden könnten...

"Für die Zusammenarbeit ist es eine ernste Belastung, daß Schiller nach einer Periode guter Zusammenarbeit, in der wir auch Meinungsverschiedenheiten überbrückt haben und Kompromißformeln gefunden haben, in Sachen Aufwertung, wo er seine Position über Nacht geändert hat, auf einmal einen Krieg geführt hat, der beinahe an den Fanatismus eines Glaubenskrieges gemahnt".

Aber Sie könnten sich vorstellen, daß dies nach den Wahlen, bei Neuaufgabe der Großen Koalition, keine Rolle mehr spielt?

"Ich glaube nicht, daß es hier allein der Wahlkampf ist. Ich glaube schon, daß das mit gewissen Seiten im Wesen des Herrn Wirtschaftsministers zusammenhängt, die auch seinen Parteifreunden nicht gerade laute Bewunderung abnötigen".

Präzise gefragt: Wenn Sie vor der Situation stehen, in einer Großen Koalition wieder das Finanzministerium zu übernehmen und Herr Schiller übernimmt das Wirtschaftsministerium, würden Sie zustimmen?

"Wenn es um die Stabilität unserer politischen Verhältnisse, um die gedankliche Entwicklung unserer Wirtschaft, um den sozialen Frieden geht, dann stehen mir diese drei Kategorien höher als Empfindlichkeiten und Ressentiments. Ich habe mich in den letzten

Monaten wirklich manchmal gewaltig geärgert, aber ich werde diesen Ärger am 28. September vergessen haben".

"Im Übrigen habe ich immer vor dem ja auch in der CDU verbreiteten Ruf gewarnt, 'Wir bräuchten einen Schiller'. Ich hätte gar nichts von dieser Glorifizierung und Personifizierung..."

"Industriekurier"/ Düsseldorf/ 11. Oktober 1969

"Bei dem jetzigen Wahlergebnis und der schon vor der Wahl und in der Wahlnacht von SPD und FDP erklärten Absicht, wenn irgendmöglich die CDU/CSU in die Opposition zu drängen, und bei den wiederholten Erklärungen des Wirtschaftsministers, die DM aufwerten zu wollen, kann es niemanden überraschen, daß mit dem Näherücken des Wahltermins eine neue Spekulationswelle aufbrändete. Noch in der Wahlnacht hat der Wirtschaftsminister einer Aufwertung das Wort geredet und damit die Spekulation geradezu eingeladen. Am Tage nach der Wahl flossen der Bundesbank eine Milliarde DM Spekulationsgelder innerhalb von Stunden zu.

Diese Situation ist also dadurch entstanden, daß die Währungspolitik der Bundesregierung von dem Wirtschaftsminister eben dieser Regierung bewußt unglaublich gemacht wurde."

"Münchener Merkur"/ 22. Oktober 1969

"Ich wünsche eine Wirtschaftspolitik, die etwas weniger als bisher unter Schiller von Theorien und Prozentrechnungen getragen wird. Die Wirtschaftspolitik sollte mehr auf die Praxis hören. Was ich erwarte, scheint mit diesen meinen Wünschen nicht übereinzustimmen. Die auf die Finanzen des Bundes zukommenden Belastungen und die der Volkswirtschaft auferlegten Hypotheken werden die große Bewährungsprobe der neuen Regierung sein".

"Bayrischer Rundfunk"/ München/ 8. Januar 1970

"... Wer sich noch wenige Monate zurückerinnern kann, weiß, daß damals kein Tag verging, ohne daß Bundeswirtschaftsminister Schiller mit Siegeslächeln auf den Bildschirmen, auf den Titelseiten erschienen wäre; heute ist Karl Schiller in den politischen Hintergrund abgedrängt. Man fragt eigentlich, wo er überhaupt ist. Er ist durch seine Fehler für seine Freunde zu einer Belastung geworden. Aber wir werden leider jeden Tag deutlicher an ihn erinnern. Nicht nur unsere Hausfrauen, die beim Einkaufen durch steigende Preise beunruhigt sind, sondern auch die Verbraucher allgemein, die besonders beim Einkauf industrieller Güter den durch die Aufwertung in keiner Weise gehemmten Preisauftrieb zu spüren bekommen. Zulangé hat sich die Bundesregierung auf den vermeintlichen Lorbeer der DM-Aufwertung ausgeruht. Leider aber ist das was vielfach prophezeit wurde, eingetroffen".

(Fortsetzung folgt am 4. August 1972)